

verstärken". Ohne Ausnahme müßten all jene vor Gericht gestellt werden, die eine Straftat begangen hätten. Hu betonte: "Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich. Es darf keinesfalls zugelassen werden, daß es besondere Bürger und besondere Parteimitglieder gibt, die nicht an die Gesetze gebunden sind." -sch-

*(15)

Anti-Nuklearwaffen-Bewegung in Xinjiang

Mitglieder der uigurischen Nationalität haben erneut ein Ende der Atomtests im Autonomen Gebiet Xinjiang gefordert. Einem Bericht der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo zufolge verschickte ein "Komitee der Bewegung von Uiguren für eine atomwaffenfreie Zone in Xinjiang" eine Erklärung an ausländische Organisationen in Beijing, in der neben einer Beendigung der Atomtests auch ein Abzug aller Atomwaffen aus Xinjiang gefordert wurde (Kyodo, 21.5.86, nach SWB, 21.5.86). Darüber hinaus wurde die Annullierung einer angeblichen Vereinbarung verlangt, derzufolge radioaktive Materialien anderer Staaten in Xinjiang gelagert werden dürfen. Ob das Anti-Atom-Komitee auch hinter den Demonstrationen von uigurischen Studenten in Urumqi, Beijing und Shanghai im Dezember 1985 stand (siehe C.a., Dezember 1985, Ü 15), ist nicht bekannt.

Das Atomtestgelände Lop Nor in Xinjiang ist seit 1964 der Schauplatz von mindestens 28 chinesischen Atomversuchen gewesen. Die meisten dieser Atomtests, deren Sprengkraft zwischen 20 Kilotonnen und 4 Megatonnen lag, wurden oberirdisch durchgeführt: in der Luft, auf Türmen und am Boden. Für unterirdische Atomversuche gibt es in Lop Nor horizontale Tunnels und vertikale Schächte. Das Atomtestgelände ist insgesamt mehr als 100.000 qkm groß, und das dazugehörige Straßennetz umfaßt allein über 2.000 km. -sch-

*(16)

Über 16 Millionen Rentner

Nach Angaben des Zentralen Statistischen Amtes betrug die Zahl der Rentner Ende 1985 16,37 Millionen, d.h. rund 10% der gegenwärtig im staatlichen Sektor tätigen Arbeiter und Angestellten. Der Staat zahlte 1985 insgesamt 14,5 Milliarden Yuan an Renten, d.h. 886 Yuan RMB pro Rentner (laut XNA, 12.5.86: 935 Yuan RMB). -sch-

*(17)

Schwere Handgreiflichkeiten zwischen afrikanischen und chinesischen Studenten

An der Universität Tianjin kam es in der Nacht vom 25. zum 26. Mai 1986 zu schweren handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen mehreren hundert chinesischen Studenten und einer kleinen Gruppe von ausländischen, vor allem afrikanischen Studenten. Anlaß für die Auseinandersetzungen war eine offenbar geräuschvolle Feier von afrikanischen Studenten zum 23. Gründungstag der Organisation für Afrikanische Einheit in der Mensa der Universität. Um gegen die Störung ihrer Nachtruhe durch die Musik zu protestierten, zogen gegen Mitternacht zwischen 300 und 500 chinesische Studenten zur Mensa und belagerten sie. Die chinesischen Studenten und die von ihnen eingeschlossenen 18 ausländischen, zumeist afrikanischen Komilitonen warfen sich in der Folge gegenseitig mit Flaschen, Steinen und Ziegeln. Im Verlauf der Tätlichkeiten wurden zwei chinesische Studenten schwer und drei afrikanische Studenten leicht verletzt. Erst um fünf Uhr morgens beendeten Polizeieinheiten die Scherben-schlacht. Die ausländischen Studenten wurden von der Polizei sofort vom Universitätsgelände entfernt und für fünf Tage in einem Tianjiner Hotel festgehalten. In den darauffolgenden Tagen schlossen sich friedliche Proteste sowohl von seiten der chinesischen als auch von seiten der afrikanischen Studenten an. Chinesische Beamte machten zwei afrikanische Studenten für den Ausbruch der Tätlichkeiten verantwortlich. Wiederholt wurde von chinesischer Seite betont, daß rassistische Vorurteile keinesfalls die Ursache der Auseinandersetzungen darstellten. Dies wurde von seiten der beteiligten afrikanischen Studenten bestritten, die sich in China diskriminiert fühlen. (AP, 26.5.86, in: FAZ, 27.5.86; FEER, 5. u. 19.6.86)

Auseinandersetzungen zwischen Chinesen und Afrikanern in der VR China hat es in der Vergangenheit bereits mehrfach gegeben. Das Ausmaß der Feindseligkeiten und die Tatsache, daß sich zusammen mit den in der Mensa eingeschlossenen Studenten ein ausländischer Journalist befand, werden zu der besonderen Publizität dieses Falles entscheidend beigetragen haben. Das Verhältnis zwischen Chinesen und Afrikanern ist u.a. aufgrund der sehr unterschiedlichen Lebensart und eines deutlichen chinesischen Überlegenheitsgefühls vergleichsweise schwierig. -sch-

*(18)

Letzter Band der chinesischen Ausgabe des Gesamtwerks von Marx und Engels erschienen

Mit dem Erscheinen von Band 50 der chinesischen Ausgabe der Marx/Engels-Werke (MEW) liegt nun das Gesamtwerk der beiden deutschen Revolutionäre in chinesischer Sprache vor. Damit sind die über 30jährigen Übersetzungsarbeiten an diesem wohl umfangreichsten Übersetzungsprojekt in der Geschichte der VR China abgeschlossen worden. Die chinesische Ausgabe umfaßt insgesamt 3,2 Milliarden Schriftzeichen und beruht primär auf der zweiten russischen Ausgabe, wobei bei der Überarbeitung auf die deutsche Ausgabe zurückgegriffen wurde. Der erste Band der chinesischen MEW-Ausgabe war 1956 erschienen. Seitdem sind insgesamt mehr als 4,3 Millionen Bände verkauft worden. (RMRB, 6.5. 1986) -sch-

KULTUR

*

*

*(19)

Größere Autonomie für wissenschaftliche Institute

Der Staatsrat hat kürzlich "Provisorische Bestimmungen über die Erweiterung der Selbstverwaltung wissenschaftlicher Forschungsorgane" verkündet. Danach können Forschungsinstitutionen unter der Voraussetzung, daß sie die ihnen vom Staat aufgetragenen Aufgaben erfüllen, wissenschaftliche und technische Projekte für andere Auftraggeber durchführen. Auf der Grundlage der Selbstbestimmung und des gegenseitigen Nutzens können sie mit Betrieben, Planungseinheiten oder Hochschulinstituten zusammenarbeiten oder Gemeinschaftsprojekte durchführen. Sie dürfen auch gesetzlich Profit machen, wenn sie, vertraglich geregelt, anderen Einheiten technologische Neuerungen zur Verfügung stellen.

In den Bestimmungen wird auch geregelt, daß der Institutsdirektor die Verantwortung für die Forschungsarbeit und die Verwaltung des Instituts trägt. Er wird von höherer Stelle für eine festgesetzte Amtsperiode ernannt, kann sich seinen Stellvertreter aber selbst wählen, wobei er nur die Zustimmung der Aufsichtsbehörde einholen muß. Beide Posten können nach Ablauf einer Amtszeit verlängert werden. Die Autonomie der Forschungsinstitute geht sogar so weit, daß sie freie Hand bei Einstellung und Entlassung von Personal haben. Diejenigen Institute, die vom Staat finanziert werden, müssen allerdings den Stellenplan ein-

halten, während Institute, die sich selbst finanzieren, völlig frei entscheiden können, wieviele Leute sie einstellen bzw. entlassen. Personal soll mit einer Probezeit eingestellt werden und kann innerhalb der Probezeit wieder entlassen werden.

Auch in bezug auf die Verwendung der Mittel haben die Institute mehr Freiheit, insbesondere bei den eigenen Einkünften, die derzeit einkommensteuerfrei sind (GMRM, 9.5.86; s.a. RMRB, 9.5.86).

In vielen Instituten wird die größere Autonomie schon seit längerem ausprobiert (vgl. dazu C.a., 1984/5, Ü23; 1984/6, Ü24). Der nunmehr offiziell gewährte größere Entscheidungsrahmen der Institute soll der Forschung neue Finanzquellen öffnen, die Forschung beleben, den Forschungsbetrieb effizienter machen und die wissenschaftlich-technischen Ergebnisse schneller an die Verbraucher bringen. -st-

*(20)

Chinesisches Forschungszentrum für Tibetstudien gegründet

Am 20. Mai 1986 wurde in Beijing das Chinesische Forschungszentrum für Tibetstudien (Zhongguo Zangxue Yanjiu-Zhongxin) eingeweiht. Aufgabe des neuen Zentrums soll es sein, Probleme der Geschichte Tibets sowie Gegenwartsprobleme Tibets zu untersuchen, die Forschung in bezug auf Tibet zu koordinieren, Quellenmaterial zu sammeln, Austausch mit Tibetwissenschaftlern im Ausland zu pflegen usw. Wie es heißt, soll die Forschung "die Einheit des Vaterlandes bewahren", "die Freundschaft und Solidarität zwischen den verschiedenen Nationalitäten fördern" und "dem Aufbau der 'beiden Zivilisationen' des Vaterlandes dienen". Außerdem wird darauf hingewiesen, daß in den letzten Jahren in China auf regionaler Ebene sowie von verschiedenen Behörden mehrere Forschungsorgane für Tibetstudien errichtet worden seien und daß in einschlägigen Kreisen die Auffassung bestehe, mit der Errichtung des neuen Forschungszentrums solle die überragende Stellung Chinas auf dem Gebiet der Tibetstudien voll zur Geltung gebracht werden (RMRB, 21.5.86).

Die hinter der Gründung stehende politische Absicht ist nicht zu verkennen: Die Zentrale möchte einer möglichen Verselbständigung der Tibetforschung, die unter Umständen auch politische Folgen haben könnte, vorbeugen. Aus diesem Grunde ist das neue Forschungszentrum auch in Beijing und nicht in Lhasa angesiedelt. -st-

*(21)

Anfänge der chinesischen Schrift 2000 Jahre früher?

Archäologen der Provinz Shaanxi meinen, die Entdeckung des Jahrhundert gemacht zu haben: 25 km westlich von Xi'an haben sie kürzlich mit winzigen Schriftzeichen beschriftete Orakelknochen gefunden, deren Alter sie auf 5.000 Jahre schätzen. Inschriften auf Orakelknochen sind die ältesten bisher in China gemachten Schriftfunde. Die ersten Orakelknochen wurden 1899 in Xiaotun in der Provinz Henan gefunden; ihr Alter wird mit 3.000 Jahren angegeben. Auf den jüngst gefundenen Orakelknochen hat man etwa zehn einzelne Schriftzeichen identifiziert. Zwar ist man sich über die Bedeutung der winzigen Schriftzeichen noch nicht im klaren, aber wie es heißt, sollen sie so gut geschrieben sein, daß man auf ein fortgeschrittenes kulturelles Stadium schließen muß. Sollte sich die These über das geschätzte Alter der Orakelknochen bewahrheiten, würde das bedeuten, daß die chinesische Schrift bereits um 3.000 v. Chr. entwickelt war (XNA, 1.5.86). -st-

*(22)

2.500 Jahre altes Grab geöffnet

Anfang Mai 1986 haben chinesische Archäologen im Kreis Fengxiang in der Provinz Shaanxi, rund 140 km westlich von Xi'an, das größte Grab aus dem Altertum, das in diesem Jahrhundert in China gefunden wurde, geöffnet. Seit der Entdeckung der unterirdischen Tonarmeen in der Nähe des Grabhügels des ersten chinesischen Kaisers Qin Shihuang bei Xi'an im Jahre 1974 ist dies der wichtigste archäologische Fund. Die Archäologen sind der Auffassung, daß das Grab dem Herzog Jing des Staates Qin gehörte, der den Staat von 577-537 v. Chr. regierte. Die Herzöge von Qin waren die Vorläufer des Reichseinigers Qin Shihuang. Die Ausgrabungen in Fengxiang, das fast 300 Jahre lang Hauptstadt des alten Staates Qin war, begannen im Jahre 1976. Bisher hat man in der Gegend 43 Qin-Gräber gefunden, darunter 13 von Qin-Herrschern. Das Grab des Herzogs Jing hat die Form einer umgekehrten unterirdischen Pyramide, die oben 60 Meter und unten 40 Meter mißt. In dem Grab entdeckte man außer der Grabkammer des Herzogs über 180 Särge von Sklaven, die als Opfergaben mit dem Herzog beerdigt wurden. Obwohl das Grab bereits in der Tang- und Song-Dynastie ausgeraubt wurde, hat man jetzt noch über 2.000 Grabbeigaben aus Gold, Bronze, Eisen, Jade und Stein gefunden. Die Auswertung der Funde wird noch lange Zeit in Anspruch nehmen. Aber schon jetzt lassen sich zwei für die Archäologie bedeutsame Entdeckungen nennen.

Zum einen glauben die Experten, daß die Grabfunde den Beweis erbracht haben, daß die Bewohner des Staates Qin Han-Chinesen und nicht Angehörige einer Minderheit aus dem westlichen Teil des heutigen Chinas waren. Die Herkunft der Qin-Bewohner war bisher in der Wissenschaft umstritten. Zum anderen zeugen die Grabfunde von einer ziemlich hochentwickelten Technik der Metallverarbeitung. Insbesondere die aus Eisen gefertigten Gegenstände, so heißt es, widerlegten die These von einem niedrigen Produktionsniveau des Staates Qin. Daraus ergibt sich für einige Archäologen die Notwendigkeit, die bisher gültige These, daß aufgrund der Schwäche des Sklavensystems im Staate Qin die Sklavenhaltergesellschaft durch die Feudalgesellschaft abgelöst worden sei, neu zu überprüfen (GMRB, 28.4.86, 2.5.86, 3.5.86, 4.5.86, 24.5.86; XNA, 2.5.86, 4.5.86, 10.5.86, 22.5.86). -st-

*(23)

Papier in China früher hergestellt, als bisher angenommen

Chinesische Experten glauben, daß das älteste Papier etwa 100 Jahre früher, als bisher angenommen, hergestellt wurde. Das von Archäologen in Jinta und Dunhuang in Nordwestchina ausgegrabene Papier wird nach wissenschaftlichen Untersuchungen auf die Periode zwischen 71 und 21 v. Chr. datiert. Bislang galt als Datierung für das früheste Papier die Zeit zwischen 89 n. Chr. und 105 n. Chr. (XNA, 20.5.86). -st-

*(24)

Strategie für die kulturelle Entwicklung Shanghais

Im Mai 1986 fand in Shanghai eine fünftägige Konferenz mit Vertretern aus dem Kulturleben, führenden Politikern und Theoretikern statt, auf der es darum ging, eine Strategie für Shanghais kulturelle Entwicklung zu entwerfen. Es handelt sich um die erste Konferenz dieser Art in der Geschichte der Stadt. Shanghai gilt in erster Linie als Handels- und Industriestadt, während seine kulturelle Bedeutung heute im allgemeinen nicht besonders hoch eingeschätzt wird. Dies soll sich nun ändern; Shanghai möchte in kultureller Hinsicht wieder eine führende Rolle spielen und seine Sonderstellung als Schmelztiegel westlicher und chinesischer Kultur wiederbeleben, die es im Anschluß an die Bewegung des 4. Mai, also in den zwanziger und dreißiger Jahren bis Kriegsbeginn, innehatte.

Die Konferenz war gut vorbereitet worden: Über 400 Spezialisten hatten zuvor Untersuchungen und Be-

fragungen über die Geschichte und den gegenwärtigen Stand der kulturellen Entwicklung Shanghais angestellt und etwa 100 Artikel und Berichte verfaßt, auf deren Grundlage sie "Empfehlungen zur Formulierung einer Strategie der kulturellen Entwicklung Shanghais" vorlegten. Diesen Empfehlungen zufolge soll Shanghai zu Beginn der neunziger Jahre eine Stadt mit einer modernen Zivilisation, einer natürlichen und kulturellen Umgebung voller Vitalität und einem vielseitigen, gut verteilten Netz kultureller Einrichtungen aller Stufen sein. Es soll ein Zentrum für qualitativ gute, alle Sparten umfassende geistige Produkte sein, soll über ein großes Kontingent von Kulturarbeitern verfügen, die ein hohes Niveau und Kenntnisse sowohl über chinesische als auch über ausländische Kultur haben. Schließlich soll die Stadt eine für den kulturellen Austausch günstige Atmosphäre haben (GMRB, 15.5.86).

Im Vordergrund standen jedoch weniger die technischen Fragen des Ausbaus der kulturellen Infrastruktur Shanghais als vielmehr inhaltliche Probleme. Die Diskussionen drehten sich hauptsächlich um das Problem westlicher Kultureinflüsse. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß der kulturelle Austausch mit dem Ausland in Shanghai eine lange Tradition habe und die Stadt schon immer eine hervorragende Rolle im Absorbieren der Weltkultur gespielt habe. Nach vorherrschender Meinung will man offensichtlich an diese Tradition wieder anknüpfen und Shanghai zu einem Knotenpunkt machen, von dem ausländische wissenschaftliche und kulturelle Errungenschaften übernommen und von dem aus chinesische wissenschaftliche und kulturelle Leistungen in die Welt verbreitet werden. Shanghai soll also in kultureller Hinsicht ein Mittler zwischen China und der Welt sein.

Wie aus einer Zusammenfassung der in den Diskussionen geäußerten unterschiedlichen Ansichten hervorgeht (GMRB, 24.5.86), waren die Befürworter einer modernen Kultur unter Einschluß westlicher Einflüsse in der Überzahl, während die Orthodoxen, die kulturelle Einflüsse des Auslands ablehnen, eine Minderheit bildeten. Die Orthodoxen (jingpai) möchten ausländischen Einfluß nur auf Wissenschaft und Technik beschränkt wissen. Demgegenüber vertritt die Partei der "Modernisierer" (haipai) die Meinung, daß die Modernisierung nicht nur die Reform der Wirtschaft umfassen dürfe, sondern darüber hinaus eine Reform der Kultur und Gesellschaft beinhalten müsse. Die bei der derzeitigen Wirtschaftsreform auftretenden Hindernisse in Form von al-

ten Gewohnheiten, alten Werten, alten Auffassungen und anderen nichtwirtschaftlichen Faktoren, so argumentieren die Vertreter dieser Partei, zeigten deutlich, wie aktuell und dringend notwendig die Reformierung der traditionellen chinesischen Kultur sei. Viele kulturellen Werte Chinas würden nicht zu einem modernen, auf der Warenwirtschaft basierenden Wirtschaftssystem passen, z.B. die Abgeschlossenheit nach außen, das patriarchalische System, Ablehnung des Wettstreits, Autoritätsgläubigkeit sowie Mangel an Gleichheitsideologie und freier Wahl. Die Warenwirtschaft erfordere Chancengleichheit und Konkurrenz. Für die Strategie der kulturellen Entwicklung sei es daher wichtig, diejenigen Seiten der traditionellen Kultur, die nicht mit der modernen Wirtschaft zu vereinbaren sind, zu reformieren. Auf keinen Fall dürfe man die Wirtschaftsreform als rein technische Reform ansehen, sonst würde sie isoliert durchgeführt werden, ohne daß die Gesellschaft sie psychisch verarbeite.

Die Argumentation der Modernisierer ist nicht so zu verstehen, daß die traditionelle chinesische Kultur durch die westliche Kultur ersetzt werden soll. Eine umfassende Modernisierung beinhaltet für sie allerdings auch die Übernahme ausländischer Kultureinflüsse. Ausdrücklich wenden sich die Modernisierer bei der Übernahme westlicher Errungenschaften gegen die Überbetonung von Wissenschaft und Technik und die Negierung von Geistes- und Sozialwissenschaften sowie gegen das Übergewicht der Klassik und die Ablehnung des Zeitgenössischen. Für viele von ihnen befindet sich die traditionelle Kultur Chinas in einer Krise; sie sehen die Notwendigkeit, die traditionelle Kultur neu zu überdenken und das Verhältnis zwischen chinesischer und ausländischer Kultur neu zu definieren. Dabei verweisen sie auf die Tradition Shanghais, das seit seiner Öffnung nach dem Opiumkrieg ein Ort war, an dem chinesische und westliche Kultur miteinander verschmolzen. In der neueren Geschichte Chinas habe Shanghai stets eine Sonderstellung innegehabt, indem es sich nach außen öffnet und eine wichtige Rolle bei der Übernahme ausländischer Kultureinflüsse gespielt habe.

Die Vertreter einer umfassenden Modernisierung möchten nun diese Rolle Shanghais, d.h. seine Sonderstellung als Mittler zwischen chinesischer und ausländischer Kultur, wiederbeleben. Sie wollen Shanghai zu einer "Metropole der Weltkultur" machen, die nach innen und außen zugleich offen ist. Sie sehen darin eine Chance, daß

Shanghai auf kulturellem Gebiet seinen alten Ruf zurückgewinnt; Voraussetzung dafür sei allerdings eine stabile, aufgeklärte und tolerante Kulturpolitik. -st-

*(25)

Schriftsteller fordern Legalisierung des Doppel-Hundert-Kurses

Aus Anlaß der Formulierung des Mottos "Laßt hundert Blumen blühen, laßt hundert Schulen miteinander wettstreiten" vor dreißig Jahren veranstaltete die Volkszeitung im Mai ein Symposium mit prominenten Schriftstellern. Auf dem Symposium wurde die Bedeutung des "Doppel-Hundert-Kurses" für die Entwicklung der zeitgenössischen chinesischen Literatur gewürdigt und Befriedigung über die Entwicklung seit Ende 1978 geäußert. Die Schriftsteller betonten, daß der "Doppel-Hundert-Kurs" für die Schaffung einer sozialistischen Kultur mit chinesischen Merkmalen und die Anhebung des wissenschaftlichen und kulturellen Niveaus des chinesischen Volkes notwendig sei. Zugleich klang aber auch die Sorge an, der Grundsatz der hundert Blumen könne wieder verfälscht oder abgeschafft werden. Aus diesem Grunde forderten die Schriftsteller eine gesetzliche Garantie des "Doppel-Hundert-Kurses" (RMRB, 26.5.86, S.7).

Zu dieser Forderung ist zu sagen, daß eine Legalisierung der "Hundert Blumen" noch keine Garantie für künstlerische Freiheit ist. Wenn politische Machthaber es wollen, können sie gesetzliche Bestimmungen umgehen, und selbst wenn sie sich formal an den Grundsatz hielten, so hätten sie immer noch die Möglichkeit, ihn in ihrem Sinne auszulegen. Gerade dies hat das wechselvolle Schicksal der "Hundert Blumen" in den vergangenen dreißig Jahren gezeigt. -st-

*(26)

Dreißig Jahre "Laßt hundert Blumen blühen"

Im Mai 1986 wurde in China der Entstehung der sog. "Doppel-Hundert-Richtung" (shuangbaifangzhen) gedacht, die vor genau dreißig Jahren unter dem Schlagwort "Laßt hundert Blumen blühen, laßt hundert Schulen miteinander wettstreiten" von der KPCh propagiert wurde und seitdem in den unterschiedlichsten Auslegungen das kulturelle und gesellschaftliche Leben Chinas beeinflußt hat. In mehreren aus diesem Anlaß erschienenen Artikeln wird die Entstehungsgeschichte der "Hundert Blumen" und "Hundert Schulen" bis in alle Einzelheiten aufgezeichnet, was insofern von Bedeutung ist, als dies bisher in China in dieser Form nicht geschehen ist und nicht alle

für diesen Komplex relevanten Dokumente veröffentlicht sind.

In diesem Zusammenhang aufschlußreich ist ein historischer Rückblick von Lu Dingyi, den die Guangming-Zeitung am 7.5.1986 abdruckte. Lu Dingyi - heute ein alter, kranker Mann (sein Bericht trägt das Datum des 19.4.86 und wurde im Krankenhaus verfaßt) - war als Chef der Propagandaabteilung des ZK eine der Schlüsselfiguren in den Geschehnissen vor dreißig Jahren. Er weist darauf hin, daß die Schlagworte "Laßt hundert Blumen blühen" und "Laßt hundert Schulen miteinander wettstreiten" nicht gleichzeitig entstanden seien. Das erste Schlagwort habe Mao Zedong bereits 1950 geprägt, und zwar in Hinblick auf die Beijing-Oper. Als es um die Frage ging, ob man die Beijing-Oper in ihrer traditionellen Form übernehmen oder sie reformieren solle, habe Mao fürs Theater das Motto aufgestellt: "Laßt hundert Blumen blühen, das Neue entsteht aus dem Alten". Das Motto "Laßt hundert Schulen miteinander wettstreiten" sei erst im Frühjahr 1956 hinzugekommen, und zwar sei es in Hinblick auf die Wissenschaft geprägt worden. Nachdem China damals ein sozialistischer Staat geworden sei (d.h. nach Abschluß der Sozialisierung der Wirtschaft), sei das Problem aufge-taucht, ob und wie die Partei in bezug auf Wissenschaft und Kunst eine Führungsrolle übernehmen solle.

Lu Dingyi führt drei Beispiele aus der Wissenschaft an, bei denen sich seinerzeit verschiedene Schulmeinungen gegenüberstanden und einige Parteileute eine Entscheidung durch die Partei gefordert hätten. Das erste Beispiel betrifft die Genetik, in der es damals zum Streit zwischen den Anhängern der Michurin-Schule, die zu Beginn der fünfziger Jahre in Anlehnung an die Sowjetunion in China für allein-gültig erklärt wurde, und Anhängern der Morgan-Schule gekommen war. Als zweites Beispiel wird die Medizin erwähnt, in der die Auffassungen der Vertreter der chinesischen, westlichen und sozialistischen Medizin gegeneinander standen. Beim dritten Beispiel geht es um die Periodisierung der chinesischen Geschichte, bei der die beiden namhaften marxistischen Historiker Guo Moruo und Fan Wenlan zu völlig unterschiedlichen Ansichten gelangten. In allen drei Fällen, so berichtet Lu Dingyi, habe er den Vertretern der verschiedenen Schulrichtungen klarzumachen versucht, daß die Probleme nicht durch die Propagandaabteilung entschieden, sondern nur durch freie wissenschaftliche Diskussionen gelöst werden könnten. Im Februar 1956 habe er, Lu Dingyi, auf einer ZK-Sitzung unter Anwesenheit

Mao Zedongs einen Bericht abgegeben und seine Meinung vorgetragen, und auf dieser Sitzung sei dann die Richtung "Laßt hundert Blumen blühen, laßt hundert Schulen miteinander wettstreiten" formuliert und als Richtlinie der Partei ausgegeben worden. Im Februar 1957 habe dann Mao Zedong auf der 11. erweiterten Tagung der obersten Staatskonferenz diese Richtung zur Förderung der Kunst und Wissenschaft propagiert. Seine auf dieser Sitzung gehaltene Rede sei in überarbeiteter Form unter dem Titel "Über das Problem der richtigen Handhabung der Widersprüche innerhalb des Volkes" am 19.6.1957 in der Volkszeitung veröffentlicht worden. Im März desselben Jahres war das Motto auf einer Sitzung über die Propagandaarbeit der Partei bereits als grundlegende und langfristige Richtung ausgegeben worden. Im Mai 1956 habe er selbst auf Bitten Guo Moruos hin diese Richtung gegenüber Wissenschaftlern und Künstlern der Hauptstadt erläutert. So weit Lu Dingyi zur Chronologie der damaligen Ereignisse.

Am 21.5.1986 veröffentlichte die Guangming-Zeitung einen weiteren Artikel, in dem Gong Yuzhi und Liu Wusheng die Chronologie Lu Dingyis ergänzen. Die Verfasser bringen die genauen Daten der Entstehungsgeschichte des Mottos "Laßt hundert Blumen blühen, laßt hundert Schulen miteinander wettstreiten". Danach hat Mao das gesamte Motto (also beide Teile zusammen) zum erstenmal auf einer erweiterten Sitzung des Politbüros am 28. April 1956 formuliert. Diese Rede ist, wie wir wissen, in China nie veröffentlicht worden.

In diesem Zusammenhang sind noch zwei weitere Artikel zu nennen, die ausführlich die Hintergründe der Entstehung der "Hundert Blumen" schildern: einer von Li Peishan und Huang Shun'e, der am 2.5.1986 in der Volkszeitung erschien, und einer von Yu Guangyun, der am 16.5.86 ebenfalls in der Volkszeitung erschien. Aus beiden Artikeln geht hervor, daß bei der Formulierung des Mottos das Problem der kritiklosen Übernahme sowjetischer Schulmeinungen eine entscheidende Rolle gespielt zu haben scheint. Li und Huang befassen sich eingehend mit dem damals in der Genetik entbrannten Streit. Anfang der fünfziger Jahre waren die Anhänger der Morgan-Schule in China der Massenkritik ausgesetzt und die Michurin-Schule als allein-gültig hingestellt worden, bis in der Sowjetunion nach Chruschtschows Geheimrede vom Februar 1956 gegen den Personenkult Stalins der sowjetische Vertreter der Michurin-Schule als Präsident der Lenin-Akademie für Agrarwissenschaft entlassen

wurde. Aufgrund der Richtungsänderung in der Sowjetunion seien in China lebhaftere Diskussionen entbrannt und die Vorherrschaft einer Schulmeinung in der Wissenschaft und die Unterdrückung aller anderen Meinungen heftig kritisiert worden. Übereinstimmend wird von allen Autoren festgestellt, daß damals in China für kurze Zeit - vom Frühjahr 1956 bis zum Frühjahr 1957 - im akademischen Bereich eine äußerst fruchtbringende Atmosphäre geherrscht habe, und zwar nicht nur in den Naturwissenschaften, sondern auch in den Sozialwissenschaften.

Doch schon bald sei diese freie Atmosphäre durch politische Kämpfe zerstört worden. Wie Lu Dingyi ausführt, habe das ZK im April 1957 eine Berichtigungsbewegung gegen Bürokratismus, Sektierertum und Subjektivismus in Gang gesetzt, die kurz darauf in eine Anti-Rechts-Kampagne übergegangen sei. Durch diese politischen Richtungskämpfe sei das Motto "Laßt hundert Blumen blühen, laßt hundert Schulen miteinander wettstreiten" Teil der politischen Auseinandersetzung geworden. Obwohl das Motto ursprünglich nur für die Wissenschaft und Kunst propagiert worden sei, sei es seitdem durchweg im politischen Kampf benutzt worden, besonders in der Zeit der Kulturrevolution. Formal sei das Motto nie abgeschafft worden, aber in Wirklichkeit habe es keine Geltung mehr gehabt. Mao Zedong habe bezüglich des Wettstreits der verschiedenen Schulen von zwei Schulen gesprochen, der bürgerlichen und der proletarischen. Eine solche Klassifizierung sei jedoch gegenüber Wissenschaftlern und Künstlern nicht richtig.

Für Li Peishan und Huang Shun'e läßt sich aus dieser Fehlentwicklung nur eine Lehre ziehen: Die Wissenschaft dürfe nicht durch politische Gewalt und Verwaltungsmaßnahmen beeinträchtigt werden. Wissenschaftliche Probleme sollten nur durch die Forschung selbst und freie akademische Diskussionen gelöst werden. Um den Grundsatz "Laßt hundert Schulen miteinander wettstreiten" zu verwirklichen, sei akademische Freiheit erforderlich. Dazu gehöre auch, daß man gegenüber der Wissenschaft eines anderen Landes eine korrekte Haltung einnehme, daß man nicht blind wissenschaftliche Ergebnisse des Auslands übernehme oder verwerfe. Zum Schluß machen die Verfasser deutlich, daß die Verwirklichung des Grundsatzes "Laßt hundert Schulen miteinander wettstreiten" nichts damit zu tun habe, daß man die Führungsrolle der Partei mißachte, denn schließlich sei dieser Grundsatz ja ein Grundsatz der Partei.

Das heißt einmal, daß die Partei die Freiheit der Wissenschaft garantieren will. Das bedeutet darüber hinaus jedoch auch, daß der Grundsatz der hundert Schulen auf die Wissenschaft beschränkt bleiben und nicht etwa auf die Politik angewendet werden soll. Über die "Vier grundlegenden Prinzipien" darf nicht diskutiert werden. Nicht umsonst hat Lu Dingyi in seinem Rückblick betont, daß das Motto ursprünglich nur für die Wissenschaft und Kunst gedacht und daß das Hineinziehen in die Politik eine Fehlentwicklung gewesen sei. Allerdings ist hier zu fragen, inwieweit die Beschränkung der "Doppel-Hundert-Richtung" auf Wissenschaft und Kunst nicht von der heutigen Sicht beeinflußt ist. Gong Yuzhi und Liu Wusheng wenigstens deuten in ihrem Artikel an, daß Mao Zedong vom "Wettstreit der hundert Schulen" auch den ideologischen Bereich nicht ausgenommen wissen wollte. -st-

*(27)

Preissenkung bei Schulbüchern

Im Mai 1986 haben die zuständigen Zentralbehörden beschlossen, mit Beginn des neuen Schuljahres im Herbst 1986 die Preise für Schulbücher zu senken, um die finanzielle Belastung der Familien zu mindern. Künftig werden die Preise für Schulbücher einheitlich fürs ganze Land von der Staatlichen Kommission für Erziehungswesen und dem Staatlichen Amt für Veröffentlichungswesen festgesetzt. Als erster Schritt zur Senkung der Preise haben sich die Staatliche Kommission für das Erziehungswesen, die Staatliche Planungskommission, die Staatliche Wirtschaftskommission, das Finanzministerium, das Ministerium für Leichtindustrie, das Staatliche Amt für Veröffentlichungswesen und für Preise darauf geeinigt, die Druckkosten für Schulbücher der Grund- und Mittelschulen zu senken. Die einheitlichen Preise für die Endprodukte sollen zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben werden. Sie sollen garantieren, daß es künftig nicht mehr möglich ist, mit Schulbüchern Profit zu machen. Auch die Versorgung mit ausreichend und qualitativ angemessenem Papier für den Druck von Schulbüchern wurde durch die Zentralbehörden geregelt (GMRB, 24.5.86).

Die einheitliche Preisgestaltung und Herabsetzung der Preise für Schulbücher ist im Zusammenhang mit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht zu sehen. In China gibt es keine Lernmittelfreiheit. Zwar wird das Schulgeld jetzt abgeschafft, aber die Eltern müssen immer noch für den Erwerb der Schulbücher aufkommen. Durch die Sen-

kung der Druckkosten werden die Schulbücher billiger und damit die Familien mit schulpflichtigen Kindern finanziell entlastet. -st-

*(28)

Ergänzungsabgabe fürs Erziehungswesen

Auf Beschluß des Staatsrates wird in China ab 1. Juli 1986 von allen Einheiten und Einzelpersonen, die Produktionssteuer, Mehrwert- oder Gewerbesteuer zahlen, eine zusätzliche Abgabe für das Erziehungswesen eingezogen. Ausgenommen sind lediglich die Einheiten, die bereits eine Ergänzungsabgabe für das ländliche Erziehungswesen zahlen. Die Ergänzungsabgabe ist dazu bestimmt, den Beschluß des ZK über die Reform des Erziehungssystems (Mai 1985) zu verwirklichen, nämlich die Entwicklung des örtlichen Erziehungswesens zu beschleunigen und die Finanzquellen für die örtlichen Schulen zu erweitern. Die Abgabe beträgt 1% des Steuerbetrages für Produktions-, Mehrwert- und Gewerbesteuer und wird extra, aber gleichzeitig mit diesen Steuern von den Finanzbehörden erhoben. Die Einnahmen aus dieser Ergänzungsabgabe werden nach Beratung zwischen den Erziehungs- und Finanzbehörden derselben Ebene von den jeweiligen Erziehungsbehörden verteilt. Sie sollen dazu verwendet werden, die schulischen Einrichtungen sowie den Schulbetrieb der Grund- und Mittelschulen zu verbessern, dürfen aber nicht für Wohlfahrtszwecke der Angestellten und Arbeiter oder für Prämienzahlungen verwendet werden. Die Ergänzungsabgabe der örtlichen Ebene soll hauptsächlich an dem jeweiligen Ort verwendet werden. Weiterhin wird in dem Beschluß über die Ergänzungsabgabe verfügt, daß Einheiten, die Schulen für die Kinder ihrer Belegschaft unterhalten, diese Abgabe auch zahlen müssen; je nach den Umständen können die Erziehungsbehörden das Geld als Zuschuß zu den laufenden Ausgaben an die betreffende Schule zurückgeben. Die Schulen betreibenden Einheiten dürfen jedoch nicht unter dem Vorwand, die Ergänzungsabgabe für das Erziehungswesen nicht zahlen zu können, die Schulen schließen oder zusammen-

Schließlich wird in dem Beschluß klar und deutlich festgelegt, daß die örtlichen Erziehungsbehörden und Schulen aller Ebenen auf keinen Fall unter irgendwelchen Vorwänden von den Familienoberhäuptern oder Einheiten der Schüler Geld kassieren dürfen, auch nicht unter anderem Namen, und daß es nicht gestattet ist, die Schüler unter irgendeinem Vorwand nicht in die Schule gehen zu lassen. Bei Zuwiderhandlung gegen den Beschluß

muß die nächst höhere Erziehungsbehörde einschreiten und Disziplinarmaßnahmen ergreifen (RMRB, 8.5.86).

Der Beschluß des Staatsrates, ab 1. Juli 1986 eine Ergänzungsabgabe für das Erziehungswesen zu erheben, muß in Zusammenhang mit dem kürzlich verabschiedeten Gesetz über die Einführung der neunjährigen Schulpflicht (s. C.a. 1986/4, Ü 15) gesehen werden, das ebenfalls am 1. Juli 1986 in Kraft tritt. Bisher hat es nämlich in China keine generelle Schulgeldfreiheit gegeben; eine solche aber ist für die Einführung der Schulpflicht unabdingbare Voraussetzung. Die mit der Einführung der Schulpflicht auf die Gemeinden zukommenden finanziellen Belastungen sind so groß, daß sie offensichtlich durch die regulären Bildungsetats nicht getragen werden können, auch wenn diese, wie das Schulpflichtgesetz verfügt, überproportional zu den übrigen Etats wachsen sollen.

Ein gänzlicher Wegfall des Schulgeldes würde viele Gemeinden in Schwierigkeiten bringen und damit die Einführung der allgemeinen Schulpflicht, für die die Gemeinden zuständig sind, gefährden. Insofern kann man davon ausgehen, daß die Ergänzungsabgabe als Kompensation für das künftig entfallende Schulgeld gedacht ist. Anders ausgedrückt, das Schulgeld ist von den privaten in die öffentlichen Haushalte verlegt worden. Die Tendenz zur Umgehung der neuen Bestimmungen ist offensichtlich groß, denn vielerorts wird die Notwendigkeit verstärkter Investitionen im Bildungssektor nicht eingesehen. Deshalb wird in dem Beschluß ausdrücklich verfügt, daß die Ergänzungsabgabe zweckgebunden nur für das Schulwesen verwendet und nicht für andere Zwecke abgezweigt werden darf. Außerdem darf künftig kein Schulgeld, auch nicht unter anderen Bezeichnungen, genommen werden. Damit ist die Voraussetzung geschaffen, daß auch Kinder bedürftiger Familien die Schule besuchen können. So gesehen, ist die Erhebung der Ergänzungsabgabe für das Erziehungswesen eine notwendige Maßnahme für die Verwirklichung der allgemeinen Schulpflicht. -st-

AUSSENWIRTSCHAFT

*

*

*(29)

Messe in Guangzhou in Zeichen von chinesischen Exportanstrengungen
Vom 15.4. bis 5.5.1986 fand in Guangzhou die traditionelle Frühjahrsmesse statt. Nachdem der Messumsatz im Frühjahr 1985